

Niederschrift
über die 6. Sitzung des Gesundheitsausschusses
am 13.11.2015 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Herbrecht, Wilhelm
Loepp, Helga
Meies, Fritz
Mucha, Constanze
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Dr. Schlieben, Nils Helge
Wirtz, Axel, MdL (für Schavier)

SPD

Arndt, Denis
Ciesla-Baier, Dietmar
Heinisch, Iris
Kiehlmann, Peter
Recki, Gerda (für Berten)
Schmidt-Zadel, Regina
Schulz, Margret (Vorsitzende)
Wucherpennig, Brigitte (für Kiehlmann)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Barion, Katrin
Kresse, Martin
Platz, Dorothea-Luise (für Beck)

FDP

Grün, Rainer
Dr. Strack-Zimmermann, Marie-Agnes

Die Linke.

Hamm, Gudrun

Freie Wähler/Piraten

Alsdorf, Georg

Verwaltung:

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Heister, LVR-Fachbereichsleiter "Personelle und organisatorische Steuerung"

Damm, LVR-Fachbereich "Maßregelvollzug"

Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereich "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"

Brehmer, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (bis TOP 11)

Krämer, LVR-Fachbereich "Jugend" (bis TOP 11)

Mertens, LVR-Fachbereich "Planung, Qualität und Innovationsmanagement" (bis TOP 11)

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 5. Sitzung vom 11.09.2015
3. Wirtschaftsplanentwürfe 2016 des LVR-Klinikverbundes **14/852**
4. Flüchtlingsunterbringung
- 4.1. Aktivitätenliste Flüchtlingsengagement des LVR **14/913**
- 4.2. Flüchtlingshilfen des Landschaftsverbandes Rheinland **14/857**
- 4.3. Mündlicher Bericht der Verwaltung
5. Einsatz regionaler Produkte **14/788**
6. KipE Rheinland - Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern in neun Modellregionen im Rheinland; Tagungsdokumentation der Abschlusstagung zum LVR-Förderprogramm am 22.05.2014 **14/859**
7. Auswirkungen des Präventionsgesetzes auf die LVR-Einrichtungsverbände des Dezernates 8 **14/811**
8. Sachstandsbericht zur Krankenhausplanung NRW
9. Anträge und Anfragen der Fraktionen
10. Mitteilungen der Verwaltung
11. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

12. Niederschrift über die 5. Sitzung vom 11.09.2015
13. Vergabe von Tagesfahrten von Patientinnen und Patienten zu den Tageskliniken der LVR-Klinik Bedburg-Hau und der Ad-Hoc-Fahrten zu den LVR-Kliniken Viersen, Mönchengladbach und zum LVR-Klinikum Essen in Form eines Rahmenvertrages **14/896**
14. Zwischenbericht Zielplanung Düsseldorf **14/812**
15. Maßregelvollzug
- 15.1. Aktueller Bericht
- 15.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
16. Anträge und Anfragen der Fraktionen
17. Mitteilungen der Verwaltung
18. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:00 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:15 Uhr
Ende der Sitzung:	10:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 13.11.2015 wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschrift über die 5. Sitzung vom 11.09.2015

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Wirtschaftsplanentwürfe 2016 des LVR-Klinikverbundes Vorlage 14/852

Der Gesundheitsausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Die Wirtschaftsplanentwürfe des LVR-Klinikverbundes für das Jahr 2016 einschließlich der ihnen vorangestellten Betrauungsakte, des Kassenkreditrahmens und der Verpflichtungsermächtigungen werden in der Fassung der Vorlage Nr. 14/852 festgestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Wirtschaftsplanentwürfe 2016 bis zur Drucklegung noch an die aktuelle Entwicklung anzupassen und ggf. erforderliche Änderungen ohne Einzelaufführung in Veränderungsnachweisen bei der Drucklegung der endgültigen Wirtschaftspläne vorzunehmen, soweit diese keine Auswirkungen auf die ausgewiesenen Ergebnisse haben.

Punkt 4

Flüchtlingsunterbringung

Punkt 4.1

Aktivitätenliste Flüchtlingsengagement des LVR Vorlage 14/913

Herr Nabbefeld lobt das gute Flüchtlingsengagement des Landschaftsverbandes Rheinland. Für die Unterbringung der Flüchtlinge seien zeitnah und flexibel Immobilien zur Verfügung gestellt sowie medizinische und therapeutische Angebote entwickelt

worden.

Frau Dr. Strack-Zimmermann hebt hervor, wichtig sei es für die politische Vertretung, immer wieder zu erfahren, welche Immobilien für die Flüchtlingsunterbringung von den Kommunen angenommen bzw. abgelehnt würden.

Herr Kresse regt an, dass die LVR-Akademie für seelische Gesundheit dabei helfen solle, Sprachmittler auszubilden.

Die Aktivitätenliste zum Flüchtlingsengagement des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 14/913 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2 **Flüchtlingshilfen des Landschaftsverbandes Rheinland** **Vorlage 14/857**

Der Gesundheitsausschuss fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die aufgezählten Maßnahmen zur Hilfe für Flüchtlinge umzusetzen.

Sollte aufgrund der umgesetzten Maßnahmen ein überplanmäßiger Bedarf erforderlich sein, wird dieser für 2016 bis zu einem Betrag von 221.520 € genehmigt.

Punkt 4.3 **Mündlicher Bericht der Verwaltung**

Frau Schmidt-Zadel weist auf den Erfolg des Projekts "LVR-Förderprogramm und Verbundprojekt Migration: Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittlern" hin.

Frau Wenzel-Jankowski informiert, das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen habe mit Schreiben vom 07.10.2015 mitgeteilt, dass das Projekt in die Landesinitiative "Gesundes Land Nordrhein-Westfalen" aufgenommen worden sei. Es wurde als vorbildlich für die Weiterentwicklung des nordrhein-westfälischen Gesundheitswesens bewertet. Die in 2015 in die Landesinitiative aufgenommenen Projekte würden in das "Info-Portal Gesundes Land des Landes Nordrhein-Westfalen" eingestellt, mit dem Ziel, dass diese beispielgebenden Projekte auch Schule machen. Eine finanzielle Förderung des Projekts durch das Land sei nicht vorgesehen. Am 11.12.2015 habe das Ministerium zu einem konstruktiven Dialog zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik im Land Nordrhein-Westfalen eingeladen.

Frau Dr. Strack-Zimmermann weist darauf hin, in diesem Gespräch auch nochmals deutlich zu machen, dass die Finanzierung des Landes bei der Unterbringung der Flüchtlinge dringend verbesserungsbedürftig sei.

Punkt 5 **Einsatz regionaler Produkte** **Vorlage 14/788**

Frau Schmidt-Zadel, Herr Kresse und Frau Dr. Strack-Zimmermann heben hervor, bei dem Konzept für den Einsatz regionaler Produkte handele es sich um ein sehr gutes Produktportfolio. Der Optimierung des Einsatzes von regionalen Produkten, Bio-Lebensmitteln und Fairtrade-Produkten im Landschaftsverband Rheinland könne zugestimmt werden.

Herr Nabbefeld gibt zu bedenken, der Einsatz regionaler Produkte solle möglichst nicht zu Preissteigerungen für die LVR-Kliniken führen.

Frau Wenzel-Jankowski sagt zu, die Frage von Herrn Grün zur vollständigen Umstellung im Landschaftsverband Rheinland auf fair gehandelten Kaffee in der Niederschrift zu beantworten.

(Hinweis zur Niederschrift: Die in der Vorlage angegebenen Mehrkosten in Höhe von 110.000,-- € im Falle einer vollständigen Umstellung auf fair gehandelten Kaffee sind auf der Grundlage der Preise berechnet worden, die sich aus dem aktuellen Einkaufspreis für im Rahmenvertrag aufgeführte Produkte ergeben. Für den "normalen" Kaffee beträgt der Einkaufspreis 5,59 €/kg. Für den Bio Fairtrans Kaffee der Firma Westhoff beträgt der Einkaufspreis 9,75 €/kg. Pro kg entstehen dadurch Mehrkosten in Höhe von 4,16 €. Bei einem angenommenen Jahresverbrauch von 26.000,-- kg liegen die Mehrkosten damit bei über 117.000,-- €.)

Die aufgrund des Prüfauftrages aus dem Antrag Nr. 14/58 erarbeiteten Maßnahmen zur Optimierung des regionalen Lebensmitteleinkaufs unter Einbeziehung von Bioprodukten der Region und Fairtrade-Produkten werden gemäß Vorlage Nr. 14/788 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

KipE Rheinland - Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern in neun Modellregionen im Rheinland; Tagungsdokumentation der Abschlusstagung zum LVR-Förderprogramm am 22.05.2014 Vorlage 14/859

Frau Schmid-Zadel hebt die positiven Auswirkungen des LVR-Förderprogramms "KipE Rheinland - Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern in neun Modellregionen im Rheinland" hervor. Es sei bedauerlich, dass das Projekt nicht weiterhin finanziert werden könne. Wichtig sei, dass die Kommunen die Finanzierung weiterführen. Problematisch sei die nach wie vor mangelnde Verzahnung der Jugendhilfe und der Gesundheitshilfe. Möglicherweise biete das Präventionsgesetz hier Lösungsmöglichkeiten.

Herr Mertens antwortet, aus dem Präventionsgesetz seien keine unmittelbaren Verbesserungen der Situation zu erwarten. In Köln seien die beiden geförderten Projekte aus dem LVR-Förderprogramm "KipE Rheinland" in eine Regelfinanzierung überführt worden. Da das Projekt beendet sei, gebe es keinen umfassenden Überblick über die Angebote im Rheinland. Teilweise gebe es von den Kommunen eine partielle Förderung der Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern.

Herr Mertens weist auf die gemeinsame Fachtagung der LVR-Dezernate Jugend und Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen am 01.12.2015 in Köln zur "Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Jugendhilfe im Rheinland: Quo vadis?" hin.

Die Dokumentation der Abschlusstagung zum LVR-Förderprogramm "KipE Rheinland - Hilfen für Kinder psychisch erkrankter Eltern in neun Modellregionen im Rheinland" am 22.05.2014 wird gemäß Vorlage Nr. 14/859 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Auswirkungen des Präventionsgesetzes auf die LVR-Einrichtungsverbände des Dezernates 8

Vorlage 14/811

Herr Heister informiert, das Präventionsgesetz sei am 25.07.2015 in Kraft getreten. Das Gesetz sei nicht in Form eines eigenständigen Bundesgesetzes erlassen worden, sondern als Ergänzung in das Sozialgesetzbuch, 5. Buch, eingefügt worden. Damit sei die Prävention und Gesundheitsförderung vor allem eine Aufgabe der gesetzlichen Krankenkassen. Obwohl psychische Störungen und Erkrankungen in den letzten Jahren stark zugenommen hätten, werde bei den Gesundheitszielen der zu entwickelnden Präventionsprogramme lediglich die Verhinderung depressiver Erkrankung genannt. Positiv hervorzuheben sei der Ausbau der Prävention bei Kindern und Jugendlichen durch die Erhöhung der Altersgrenze auf 18 Jahre.

Frau Schmidt-Zadel ergänzt, es sei sehr bedauerlich, dass die psychischen Erkrankungen im Präventionsgesetz nicht stärker berücksichtigt seien. Darüber hinaus gelte das Gesetz nur für die gesetzlich Versicherten.

Der Sachstand zum Präventionsgesetz wird gemäß Vorlage Nr. 14/811 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Sachstandsbericht zur Krankenhausplanung NRW

Frau Wenzel-Jankowski berichtet, bisher gebe es noch keine abschließenden Ergebnisse:

- Hinsichtlich der LVR-Klinik Düren beurteile die Bezirksregierung Köln nun das regionale Planungsverfahren, ohne dass die Verhandlungen untereinander neu aufgenommen werden mussten.
-
- Für das LVR-Klinikum Düsseldorf sei das Gutachtenwerk der Firma Aktiva zum gemeinsamen Planungsvorschlag noch nicht fertig. Die gemeinsamen Gespräche mit den psychiatrischen Häusern aus Düsseldorf sowie dem Universitätsklinikum Düsseldorf hätten auch noch nicht zu abschließenden Ergebnissen geführt.
- Für die LVR-Klinik Köln wurde das gemeinsame Planungskonzept der psychiatrischen und psychosomatischen Versorger für die Stadt Köln am 27.10.2015 an die Bezirksregierung Köln zur Fortführung des Verfahrens weitergeleitet.
-
- Für die LVR-Klinik für Orthopädie Viersen liege mittlerweile ein Vorschlag der Landesverbände der Krankenkassen vor. Danach solle die LVR-Klinik für Orthopädie Viersen zukünftig nur noch 75 Betten vorhalten. Beantragt war die Reduzierung von 160 auf 100 Betten.

Auf Frage von Herrn Kresse antwortet Frau Wenzel-Jankowski, die LVR-Klinik für Orthopädie Viersen sei als kleines Fachkrankenhaus nur mit ca. 100 Betten wirtschaftlich und fachlich sinnvoll zu betreiben.

Der mündliche Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Auf Frage von Herrn Kresse sagt Frau Wenzel-Jankowski zu, im 2. Halbjahr 2016 einen Bericht über die Erprobung von Angeboten der Peer-Beratung durch Genesungsbegleiterinnen und -begleiter in den LVR-Kliniken vorzulegen.

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wenzel-Jankowski informiert, ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die Studien- und Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Süd-Württemberg und in den Kanton Thurgau (Schweiz) im September 2016 durchzuführen. Da in diesem Monat aber eine zusätzliche Sitzungsrunde der Krankenhausausschüsse und des Gesundheitsausschusses vorgesehen sei, schlägt sie vor, die Reise auf das Frühjahr 2017 zu verschieben.

Die anschließende Diskussion fasst die Vorsitzende dahingehend zusammen, dass als Termin für die Studien- und Informationsreise des Gesundheitsausschusses April 2017 vorgesehen werden solle.

Die Vorsitzende weist auf folgende Termine hin:

- 04.12.2015: Tagung "40 Jahre Psychiatrie-Enquete - Wo stehen wir, wie geht es weiter?",
- 07.12.2015: Fachtagung "Sackgasse Maßregelvollzug? Wege in den Maßregelvollzug - Wege aus dem Maßregelvollzug" und
- 29.01.2016: "Fachtagung zum pauschalierenden Entgeltsystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP)".

Punkt 11

Verschiedenes

Keine Anmerkungen.

Aachen, 04.12.2015
Die Vorsitzende

Schulz

Köln, 30.11.2015
Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Wenzel-Jankowski